



Koordination der feministischen Streikkollektive

Medienmitteilung vom 9. September 2021

NATIONALE DEMONSTRATION VOM 18. SEPTEMBER, GEGEN DIE AHV21 UND DEN RAUB UNSERER RENTEN!

Am Samstag, den 18. September, versammeln wir uns in Bern um gegen die AHV21, die eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen vorsieht, zu protestieren. Die Mehrheit des Parlaments ignoriert unseren Standpunkt, auch wenn wir es schon etliche Male klar gemacht haben: 65 JAHRE NOCH IMMER NEIN! Die AHV21 ist eine Farce: Wie kann man von Gleichberechtigung sprechen, wenn wir ein ganzes Leben lang, sowohl in der Arbeitswelt als auch in der Familie, zahlreichen Diskriminierungen ausgesetzt sind?

Unsere Gehälter sind niedriger, weil die Arbeit in frauenspezifischen Berufen abgewertet wird, obwohl sie für das Funktionieren der Gesellschaft und der Wirtschaft unerlässlich ist, wie während der Pandemie nochmals deutlich wurde. Der Lohnunterschied führt zu enormen Lohneinbussen für Frauen: **Im Jahr 2018 haben Frauen allein durch den unerklärten Anteil des Lohnunterschieds 8'200 Franken, beziehungsweise fast 13 Milliarden Franken verloren.** Zudem leisteten Frauen im Jahr 2016 5'700 Millionen Stunden unbezahlte Arbeit, was einem Wert von 244 Milliarden Franken entspricht. Unter dem Vorwand der Gleichberechtigung will man auf unserem Rücken weitere 10 Milliarden Franken einsparen, indem man uns ein Jahr länger arbeiten lässt? EIN SCHWINDEL!

Unsere bezahlte Arbeitszeit ist reduziert, weil wir den Grossteil der Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit übernehmen. Diese unbezahlte Arbeit endet nicht mit dem Ruhestand, denn die Grosseltern bilden das grösste Kinderbetreuungssystem der Schweiz: Der finanzielle Wert dieser Arbeit wird auf 8 Milliarden Franken geschätzt, **die Grossmütter betreuen ihre Enkelkinder 113 Millionen Stunden pro Jahr**, und leisten somit gesamthaft 70% dieser Arbeit. Und man wirft ihnen dennoch vor, teuer zu sein und nicht an die zukünftigen Generationen zu denken? WAS FÜR EINE SCHANDE!

Unsere Renten sind im Durchschnitt 37 % niedriger als die der Männer. Da die durchschnittliche AHV-Rente nur 1860 Franken pro Monat beträgt und ein Drittel der pensionierten Frauen nicht über eine zweite Säule verfügt, haben viele pensionierte Frauen Mühe über die Runden zu kommen. Es ist kein Zufall, dass die Mehrheit der Beziehenden von Ergänzungsleistungen Frauen sind: 15 % der Rentnerinnen sind auf Ergänzungsleistungen angewiesen um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, im Vergleich zu 10% der Männer. Und das Parlament will uns weismachen, dass Gleichberechtigung bedeutet, bis 65 zu arbeiten? UNSINN!

Für diejenigen unter uns, die 50 Jahre und älter sind, ist es nicht leicht, berufstätig zu bleiben. Nur wenige beenden ihre berufliche Laufbahn mit 64 Jahren in einem stabilen Arbeitsverhältnis, **viele sind von Arbeitslosigkeit, oder sogar Langzeitarbeitslosigkeit betroffen und/oder von der Sozialhilfe abhängig.** 17% der Frauen sind unterbeschäftigt oder arbeitslos, fast das Doppelte der Männer. Welchen Sinn hat es, uns ein weiteres Jahr arbeiten zu lassen, während so viele Menschen im erwerbsfähigen Alter arbeitslos sind? WIR SIND EMPÖRT UND WÜTEND!

Die Finanzen der AHV sind nicht in Gefahr. **Das Betriebsergebnis der AHV weist für 2020 einen Gewinn von 1,9 Milliarden Franken aus.** Es würde ausreichen die Löhne der Frauen zu verbessern und die Lohngleichheit zu garantieren, um die AHV-Beiträge zu erhöhen. Auch die Nationalbank

könnte die AHV stärker finanzieren. Es ist nicht an uns zu bezahlen! #65JAHRENOCHIMMERNEIN

Wir wollen diese Reform nicht!

Die AHV 21 wird sich am schwerwiegendsten auf diejenigen von uns auswirken, die die schlechtesten Arbeitsbedingungen und die niedrigsten Löhne haben. Es sind diejenigen, die nicht in der Lage sein werden, sich für einen vorzeitigen Ruhestand "zu entscheiden". Die sogenannten "Ausgleichszahlungen" der Übergangsjahre sind nur ein Köder, denn nur die Generation, die kurz vor dem Rentenalter steht, wird davon profitieren können! Und die AHV21 ist nur ein Vorgeschmack: **Die Rechte will alle zwingen bis 67 zu arbeiten**, so wie es die Initiative der Jungliberalen fordert. Die Ablehnung der AHV21 bedeutet, dieses neoliberale Projekt zu stoppen, das **Menschen mit bescheidenen bis durchschnittlichen Einkommen zwingen will, länger zu arbeiten**. Wir wollen die AHV stärken, weil sie am egalitärsten, solidarischsten und am beständigsten ist.

!!! Arbeiten bis ins Grab? NEIN! - AM 18. SEPTEMBER ALLE NACH BERN!!!

Für die Kollektive

Amanda Probst: 079 461 86 01

Barbara di Marco: 079 356 65 03